

Bernd Heinrich

Strafrecht Allgemeiner Teil

SR

6., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Kohlhammer

Studienreihe Rechtswissenschaften

herausgegeben von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Heinrich Wilms (†)

fortgeführt von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Stefan Koriath

Strafrecht – Allgemeiner Teil

von

Professor Dr. Bernd Heinrich

6., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

6. Auflage 2019

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-033959-0

E-Book-Format:

pdf: ISBN 978-3-17-033960-6

epub: ISBN 978-3-17-033961-3

mobi: ISBN 978-3-17-033962-0

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Vorwort

Nach drei Jahren war es erforderlich, das Lehrbuch zum Strafrecht Allgemeiner Teil neu aufzulegen. Zwar waren umfangreiche gesetzliche Änderungen in diesem Bereich in den letzten Jahren nicht zu verzeichnen (und sind auch weiterhin nicht zu erwarten), jedoch war es aufgrund der stets umfangreichen Rechtsprechung in diesem Bereich sowie infolge der immer größer werdenden Flut neuer wissenschaftlicher Publikationen geboten, das Lehrbuch auf den „neuesten Stand“ zu bringen.

Es weist inzwischen den stattlichen Umfang von mehr als 700 Seiten auf und fand auch international weitere Beachtung. So wurde nach der Übersetzung des vormals ersten Bandes des Lehrbuchs unter dem Titel „Ceza Hukuku, Genel Kısım I“ auch der ehemals zweite Band des Lehrbuchs in türkischer Sprache veröffentlicht („Ceza Hukuku, Genel Kısım II“, 2014). Der bisherige Stil wurde auch in der 6. Auflage beibehalten, der sich in erster Linie daran orientiert, den Studierenden die Materie mittels einer Vielzahl kleinerer Fallbeispiele und weiterführender Hinweise nahe zu bringen. Besonderer Wert wurde dabei – wie auch bislang – darauf gelegt, im Fußnotenapparat umfassend insbesondere auf Übungsfälle (vorwiegend aus den leicht zugänglichen juristischen Ausbildungszeitschriften) zu verweisen. Studierende der Anfangssemester sollten sich durch den Umfang der Fußnoten nicht abschrecken lassen, reicht zum ersten Verständnis doch die Lektüre des Textes aus. Wer jedoch tiefer in die Materie eindringen möchte, sei es im Rahmen der Examensvorbereitung oder bei der Abfassung von Haus-, Seminar- oder Studienarbeiten, kann hier wertvolle Hinweise insbesondere auf abweichende Ansichten finden. Im Rahmen der Neubearbeitung wurde wiederum vor allem Wert darauf gelegt, die juristischen Ausbildungszeitschriften „Juristische Arbeitsblätter“ (JA), „Juristische Ausbildung“ (JURA), „Juristische Schulung“ (JuS) und die Internet-Zeitschrift „Zeitschrift für das Juristische Studium“ (ZJS) umfassend auszuwerten. Zur weiteren Konzeption, insbesondere dem Verhältnis von Standardwissen und Problemschwerpunkten, möchte ich auf das nachstehende Vorwort zur 1. Auflage verweisen.

Bedanken möchte ich mich für die vielen Zuschriften und teilweise auch kritischen Anmerkungen aus dem Kreis der Leserschaft, die mich einerseits dazu motiviert haben, das Lehrbuch in der bisherigen Konzeption zu erhalten, die mir aber auch andererseits wertvolle Anregungen gegeben haben. Weitere Anregungen können gerne über E-Mail an die Adresse bernd.heinrich@jura.uni-tuebingen.de erfolgen.

Mein besonderer Dank gilt auch dieses Mal meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Herrn *Nikolas van Bergen*, Frau *Merit Kober*, Herrn *Marian Jander*, Frau *Tamara Rapo*, Herrn *Fabian Saupe*, Herrn *Roman Schneider* und Herrn *Sebastian Schulze-Bühler* sowie meinen studentischen Hilfskräften, Frau *Kim Falke*, Frau *Priska Veith* und Herrn *Michael Dinkel*. Nicht zuletzt danke ich auch meiner Sekre-

Vorwort

tärin, Frau *Heidrun Leibfarth*, ohne deren tatkräftige Mitarbeit die Neuauflage kaum in der zur Verfügung stehenden Zeit hätte durchgeführt werden können.

Tübingen, den 1. Oktober 2019

Bernd Heinrich

Vorwort zur 1. Auflage

Die vorliegenden Lehrbücher zum Allgemeinen Teil des Strafrechts richten sich – der Konzeption der „Studienreihe Rechtswissenschaften“ entsprechend – vorwiegend an Studierende der Rechtswissenschaften. Ziel ist es dabei, sowohl den Studierenden in den Anfangssemestern einen Einblick in die dogmatischen Strukturen unseres Strafrechts zu geben als auch den Examenskandidaten und -kandidatinnen eine knappe und verlässliche Zusammenfassung der gängigen Problemschwerpunkte zu vermitteln. Diese „Zweispurigkeit“ durchzieht beide Lehrbücher. So können sich diejenigen, die erstmalig mit der Materie konfrontiert sind, einen Überblick über die Grundlagen des Strafrechts und den Aufbau der Straftat verschaffen. Dabei werden in Band I die Grundformen des vorsätzlichen und versuchten Begehungsdelikts behandelt und auf der Grundlage des klassischen dreigliedrigen Aufbaus (Tatbestandsmäßigkeit, Rechtswidrigkeit und Schuld) erläutert. Daran anschließend widmet sich Band II den besonderen Erscheinungsformen der Straftat, den Unterlassungs- und Fahrlässigkeitsdelikten sowie der Irrtums-, der Beteiligungs- und der Konkurrenzlehre. Von der didaktischen Konzeption her wird insoweit Neuland betreten, als die im Text „abstrakt“ behandelten Themen anhand einer Vielzahl von kleineren Beispielsfällen, die in den Text eingestreut wurden, verständlich gemacht werden sollen. Dabei können verschiedene Fallkonstellationen durchaus an mehreren Stellen auftauchen und unter verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet werden, wodurch auch ein gewisser Wiederholungseffekt erzeugt wird. Praktische Hinweise für die Klausurbearbeitung („Klausurtipps“) sollen darüber hinaus die Behandlung des Problems im juristischen Gutachten erleichtern. Bei den (weiterführenden) Nachweisen in den Fußnoten wurde darauf geachtet, neben der Rechtsprechung und den gängigen Lehrbüchern und Kommentaren vorwiegend Beiträge aus juristischen Ausbildungszeitschriften (JA, JURA, JuS) heranzuziehen und dabei insbesondere auch auf Übungsfälle hinzuweisen, die die behandelte Materie im Fallaufbau behandeln. Umfangreich dargestellt und herausgehoben sind ferner insgesamt 41 Problemschwerpunkte, anhand derer klassische Theorienstreitigkeiten aufgearbeitet und erörtert werden. Hier findet eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Dogmatik des Strafrechts statt, die von denjenigen, die sich erstmalig mit Strafrecht befassen, zwar interessiert gelesen werden kann, aber noch nicht auf Anhieb „verstanden“ werden muss. Fortgeschrittenen hingegen sollen diese Problemschwerpunkte dazu dienen, sich im Wege eines kurzen „Repetitoriums“ nochmals die examensrelevanten Punkte zu verdeutlichen. Hierzu sollen auch die Zusammenstellungen am Ende des Bandes II, insbesondere der hier abgedruckte „Definitionenkalender“ dienen. Auf diese Weise soll erreicht werden, dass die Studierenden die vorliegenden Lehrbücher zu jeder Phase des Studiums gewinnbringend nutzen können.

Da die Qualität eines Lehrbuchs auch von den kritischen Anmerkungen aus dem Kreis der Lesenden wesentlich mitgeprägt wird, sind Lob und Tadel sowie Fehler-

Vorwort zur 1. Auflage

meldungen und weiterführende Hinweise jeglicher Art stets willkommen. Zu diesem Zweck habe ich auf meiner Web-Seite ein „Leserforum Lehrbuch“ eingerichtet. Eine Beteiligung hieran ist ausdrücklich erwünscht. Sie erreichen es unter der Adresse: www.rewi.hu-berlin.de/jura/l/hnr – Anregungen können aber auch gerne über E-Mail an die Adresse bernd.heinrich@rewi.hu-berlin.de erfolgen.

Mein besonderer Dank gilt meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, Herrn *Tobias Reinbacher*, Frau *Dr. Christiane Freund*, LL. M., Herrn *Michael Zickler* LL. M., Frau *Nadia Schoedon* und Herrn *Martin Piazena*. Ihre intensive Mitarbeit und ihre Anregungen haben wesentlich zum Gelingen der vorliegenden Lehrbücher beigetragen. Allen voran möchte ich jedoch meine Frau *Denise* danken, die das Werk von seiner Entstehung an mit begleitet hat.

Berlin, den 1. Oktober 2005

Bernd Heinrich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Literaturübersicht	XXXII
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Teil I: Einleitung	1
§ 1 Stellung des Strafrechts in unserem Rechtssystem	1
I. Grundlagen	1
II. Die Aufgabe des Strafrechts: Rechtsgüterschutz	2
§ 2 Sinn und Zweck von Strafe: Die Straftheorien	5
I. Absolute Straftheorien	6
II. Relative Straftheorien	7
1. Generalprävention	7
2. Spezialprävention	7
III. Vereinigungstheorien	8
§ 3 Strafrecht und Verfassungsrecht	9
I. Grundsatz „nulla poena sine lege“	9
1. Unzulässigkeit von Gewohnheitsrecht (nulla poena sine lege scripta)	11
2. Bestimmtheitsgrundsatz (nulla poena sine lege certa)	11
3. Rückwirkungsverbot (nulla poena sine lege praevia)	13
4. Analogieverbot (nulla poena sine lege stricta)	15
II. Anspruch auf rechtliches Gehör	16
III. Verbot der Doppelbestrafung wegen derselben Tat	16
IV. Schuldprinzip	17
V. Grundsatz „in dubio pro reo“	17
§ 4 Abgrenzung zu anderen Rechtsgebieten	17
I. Strafrecht und Strafprozessrecht	17
II. Strafrecht und Disziplinarrecht	19
III. Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht	20
IV. Einfluss des Zivilrechts und des Öffentlichen Rechts auf das Strafrecht	21
§ 5 Überblick über die Regelungsmaterien des StGB	21

§ 6 Geltungsbereich des deutschen Strafrechts	23
I. Grundlagen	24
II. Anknüpfungspunkt des Begehungsortes der Tat	26
III. Anknüpfungspunkt der Staatsangehörigkeit des Täters	28
IV. Anknüpfungspunkt der Staatsangehörigkeit des Opfers	29
V. Anknüpfungspunkt des Schutzes bestimmter inländischer Rechtsgüter	30
1. Staatsschutzgesichtspunkte bei der Verletzung von überindivi- duellen Rechtsgütern	30
2. Individualschutzgesichtspunkte bei der Verletzung von Indivi- dualrechtsgütern	30
VI. Anknüpfungspunkt der Interessen von universaler, die Welt- rechtsgemeinschaft betreffender Bedeutung	31
VII. Anknüpfungspunkt der stellvertretenden Rechtspflege	32
VIII. Einschränkung des persönlichen Geltungsbereiches	32
IX. Exkurs: Völkerstrafrecht	32
X. Exkurs: Europäisches Strafrecht	34
§ 7 Straftataufbau und Systementwürfe	35
I. Trennung von Straftatbestand und Rechtsfolge	35
II. Unterscheidung von Tatbestand und Sachverhalt	36
III. Elemente der Straftat	37
IV. Stellung des Vorsatzes als Ausgangspunkt verschiedener Straftheo- rien	38
1. Der klassische („kausale“) Verbrechensaufbau	39
2. Der neoklassische Verbrechensaufbau und die moderne Lehre	40
3. Der finale Verbrechensaufbau	41
4. Lehre von den negativen Tatbestandsmerkmalen	42
Teil II: Der Tatbestand	44
§ 8 Tatbestand – Überblick und Deliktsarten	44
I. Grundlagen	44
II. Aufbau des Tatbestandes	45
1. Aufteilung in Tatbestandsmerkmale	46
2. Definition	47
3. Subsumtion	48
4. Konklusion	48
III. Arten von Tatbestandsmerkmalen	48
1. Geschriebene und ungeschriebene Tatbestandsmerkmale	48
2. Deskriptive und normative Tatbestandsmerkmale	49
3. Tatbezogene und täterbezogene Merkmale	49
4. Objektive und subjektive Tatbestandsmerkmale	50
5. Exkurs: Objektive Strafbarkeitsbedingungen	51
6. Exkurs: Rechtswidrigkeit als Tatbestandsmerkmal	52

IV.	Auslegung von Tatbestandsmerkmalen.	52
1.	Abgrenzung von Auslegung und Analogie	52
2.	Grundsätze der Auslegung.	54
a)	Grammatikalische Auslegung	54
b)	Historische Auslegung	54
c)	Systematische Auslegung	55
d)	Teleologische Auslegung.	55
V.	Überblick über verschiedene strafrechtliche Grundbegriffe	55
1.	Verbrechen und Vergehen	56
2.	Erfolgsunwert, Handlungsunwert, Gesinnungswert	56
VI.	Überblick über verschiedene Deliktsarten	57
1.	Erfolgs- und Tätigkeitsdelikte	57
2.	Verletzungs- und Gefährdungsdelikte	58
3.	Zustands- und Dauerdelikte	59
4.	Begehungs- und Unterlassungsdelikte	60
5.	Allgemeindelikte, Sonderdelikte, eigenhändige Delikte	61
6.	Grundtatbestand, Qualifikation, Privilegierung	62
7.	Sonstige Deliktsarten.	64
§ 9	Die menschliche Handlung	65
I.	Grundlagen	65
II.	Handlungsformen: Tun und Unterlassen	66
III.	Abgrenzung von Handlung, Kausalität, Vorsatz und Schuld	66
IV.	Anforderungen an die menschliche Handlung	67
1.	Vorliegen eines menschlichen Verhaltens	67
2.	Anknüpfung an ein konkretes Verhalten.	68
3.	Außenbezug	69
4.	Subjektives Element	69
V.	Problemkreise	71
1.	„Natürlicher“ Wille bei Schuldunfähigen	71
2.	Automatisierte Verhaltensweisen.	71
3.	„Sozialerheblichkeit“ der Handlung	72
VI.	Funktion des Handlungsbegriffs und Standort der Prüfung (Zusammenfassung).	72
§ 10	Kausalität	73
I.	Grundlagen	74
II.	Kausalitätstheorien	76
1.	Einführung.	76
2.	Kausalitätstheorien (Problemschwerpunkt 1).	77
III.	Formen der Kausalität	80
1.	Alternative Kausalität („Mehrfachkausalität“, „Doppelkausalität“)	80
2.	Kumulative Kausalität	81
3.	Hypothetische Kausalität	82
4.	Abgebrochene Kausalität (überholende Kausalität)	84

5. Kausalität bei Gremienentscheidungen	84
§ 11 Objektive Zurechnung	85
I. Grundlagen	86
II. Inhalt der Lehre von der objektiven Zurechnung	88
III. Fallgruppen, in denen kein rechtlich missbilligtes Risiko geschaffen wird.	89
1. Erlaubtes Risiko	89
2. Risikoverringerung	90
IV. Fallgruppen, in denen sich das Risiko nicht im konkreten Erfolg verwirklicht	92
1. Atypische Kausalverläufe	92
2. Schutzzweck der Norm	93
3. Pflichtwidrigkeitszusammenhang	94
4. Freiverantwortliche Selbstschädigung oder Selbstgefährdung des Opfers	94
5. Eigenverantwortliches Dazwischentreten eines Dritten.	95
§ 12 Subjektiver Tatbestand	97
I. Grundlagen	97
II. Vorsatz und Fahrlässigkeit.	99
III. Der Begriff des Vorsatzes.	100
1. Vorsatz als Wissen und Wollen der Tatbestandsverwirklichung.	100
2. Das Wissenselement (der kognitive Bereich)	102
3. Das Wollenselement (der voluntative Bereich).	103
IV. Arten des Vorsatzes.	104
1. Wissentlichkeit	105
2. Absicht.	105
3. Bedingter Vorsatz	107
V. Besondere Erscheinungsformen des Vorsatzes	107
1. Dolus generalis	107
2. Dolus subsequens	108
3. Dolus antecedens	108
4. Dolus alternativus	109
VI. Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit	110
1. Einführung.	110
2. Abgrenzung von bedingtem Vorsatz und bewusster Fahrlässigkeit (Problemschwerpunkt 2)	111
VII. Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit bei Tötungsdelikten	115
Teil III: Die Rechtswidrigkeit	118
§ 13 Rechtswidrigkeit – Einführung und Systematik	118
I. Grundlagen	118
1. Prüfungsaufbau.	118

2. Strafrechtliche und zivilrechtliche Rechtswidrigkeit	118
3. Tatbestandsbezogenheit	119
4. Indizwirkung	119
5. „Offene“ Tatbestände	120
II. Abgrenzung von Rechtswidrigkeit und Schuld	121
III. Sonderproblem: Rechtswidrigkeit als Tatbestandsmerkmal	123
IV. Struktur der Rechtfertigungsgründe	124
1. Trennung von objektiven und subjektiven Merkmalen	124
2. Objektive Rechtfertigungsmerkmale	124
3. Subjektive Rechtfertigungsmerkmale	125
4. Kein abgeschlossener Katalog von Rechtfertigungsgründen	126
5. In dubio pro reo	126
6. Prüfungsreihenfolge	127
§ 14 Notwehr, § 32 StGB	127
I. Grundlagen	128
II. Prüfungsschema	131
1. Vorliegen einer Rechtfertigungssituation (Notwehrlage)	131
a) Angriff	131
b) Gegenwärtigkeit des Angriffs	134
c) Rechtswidrigkeit des Angriffs	138
2. Rechtmäßigkeit der Notwehrhandlung	140
a) Geeignetheit	140
b) Erforderlichkeit	141
c) Gebotenheit	145
aa) Fallgruppe 1: Vorliegen eines krassen Missverhältnisses	146
bb) Verbietet Art. 2 EMRK die Tötung von Menschen zum	
Schutz von Sachwerten? (Problemschwerpunkt 3)	147
cc) Fallgruppe 2: Provokation des Angriffs (insbesondere	
Absichtsprovokation)	151
dd) Absichtsprovokation (Problemschwerpunkt 4)	151
ee) Fallgruppe 3: Selbstverschuldet herbeigeführte An-	
griffe	154
ff) Fallgruppe 4: Garantenstellung zum Angreifer	157
gg) Fallgruppe 5: Schuldlos handelnder Angreifer	158
hh) Fallgruppe 6: Angriffe von ersichtlich Irrenden	159
3. Verteidigungswille (subjektives Rechtfertigungsmerkmal)	159
a) Erforderlichkeit und Reichweite des subjektiven Rechtfertigungsmerkmals (Problemschwerpunkt 5)	160
b) Folgeproblem: Rechtsfolge des Fehlens des subjektiven Rechtfertigungselements	162
III. Sonderprobleme	164
1. Notwehrüberschreitung (Exzess)	164
2. Putativnotwehr	164
3. Notwehrrecht von Hoheitsträgern: Geltung der allgemeinen Rechtfertigungsgründe, insbesondere § 32 StGB, auch für	

sich im Dienst befindende Hoheitsträger (Problemschwerpunkt 6)	164
§ 15 Rechtfertigender Notstand, § 34 StGB	167
I. Grundlagen	168
II. Prüfungsschema	169
1. Vorliegen einer Rechtfertigungssituation (Notstandslage)	169
a) Gefahr	169
b) Gegenwärtigkeit der Gefahr	172
c) Rechtswidrigkeit der Gefahr	174
2. Rechtmäßigkeit der Notstandshandlung	174
a) Geeignetheit	174
b) Erforderlichkeit (die Gefahr darf nicht anders abwendbar sein)	175
c) Interessenabwägung	176
d) Angemessenheitsklausel	180
3. Gefahrabwendungswille (subjektives Rechtfertigungselement) .	182
a) Kenntnis der Notstandslage	182
b) Wissen, dass die Handlung der Gefahrabwendung dient . .	182
c) Gefahrabwendungswille	183
d) Rechtsfolge	183
III. Typische Anwendungsfälle	183
1. Hausfriedensbruch	183
2. Verletzung von Allgemeinrechtsgütern	183
3. Nötigungsnotstand	184
§ 16 Sonstige Rechtfertigungsgründe	185
I. Einverständnis, Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung . . .	185
1. Einverständnis	186
a) Abgrenzung von Einverständnis und Einwilligung	186
b) Voraussetzungen für das Vorliegen eines Einverständnisses .	188
c) Irrtumsfragen	189
2. Einwilligung	190
a) Grundlagen	190
b) Voraussetzungen für das Vorliegen einer Einwilligung . . .	190
c) Irrtumsfragen	193
d) Einwilligung durch Minderjährige (Problemschwerpunkt 7) . .	194
e) Täuschungsbedingte Einwilligung (Problemschwerpunkt 8) . .	195
f) Sonderproblem: medizinische Aufklärungspflicht	197
g) Einwilligung bei Fahrlässigkeitsdelikten	198
3. Mutmaßliche Einwilligung	199
a) Grundlagen	199
b) Allgemeine Voraussetzungen für das Vorliegen einer mutmaßlichen Einwilligung	199

c) Fallgruppe 1: Handeln im materiellen Interesse des Betroffenen.	199
d) Fallgruppe 2: Handlung, die kein schutzwürdiges Interesse des Rechtsgutsträgers berührt	202
4. Hypothetische Einwilligung.	203
II. Zivilrechtliche Rechtfertigungsgründe	204
1. Zivilrechtliche Notwehr, § 227 BGB	205
2. Defensivnotstand, § 228 BGB	205
a) Grundlagen	205
b) Prüfungsschema	206
3. Aggressivnotstand, § 904 BGB	207
a) Grundlagen	207
b) Prüfungsschema	208
4. Allgemeines Selbsthilferecht, § 229 BGB	210
a) Grundlagen	210
b) Prüfungsschema	210
5. Besitzkehr, § 859 Abs. 2 BGB	211
6. Besondere Selbsthilferechte	211
III. Öffentlich-rechtliche Rechtfertigungsgründe.	211
1. Allgemeines Festnahmerecht, § 127 StPO	211
a) Grundlagen	211
b) Prüfungsschema	212
aa) Festnahmelage	212
bb) Rechtmäßigkeit der Festnahmehandlung	213
cc) Subjektives Rechtfertigungselement (Festnahmewille)	214
c) Reicht ein dringender Tatverdacht für § 127 Abs. 1 StPO aus oder muss die Tat tatsächlich begangen worden sein? (Problemschwerpunkt 9).	214
2. Sonstige öffentlich-rechtliche Rechtfertigungsgründe	216
IV. Weitere Rechtfertigungsgründe	218
1. Rechtfertigende Pflichtenkollision	219
2. Wahrnehmung berechtigter Interessen, § 193 StGB	221
3. Erlaubtes Risiko	221
4. Sozialadäquanz	221
5. Züchtigungsrecht	222
 Teil IV: Die Schuld	 224
 § 17 Schuld – Einführung und Systematik	 224
I. Grundlagen	224
II. Schuldprinzip	224
1. Einführung.	224
2. Inhalt des Schuldprinzips.	225
III. Gegenstand des Schuldvorwurfs	226
IV. Inhalt des Schuldvorwurfs.	226
V. Prüfungsaufbau und Prüfungsumfang	227

1. Schuldfähigkeit	227
a) § 19 StGB	227
b) § 20 StGB	228
c) § 21 StGB	230
2. Spezielle Schuldmerkmale	230
3. Unrechtsbewusstsein	231
a) Grundlagen	231
b) Unrechtsbewusstsein als selbstständiges Schulselement. . .	232
c) Aktuelles und potentiell Unrechtsbewusstsein	233
d) Tatbestandsbezogenheit des Unrechtsbewusstseins	233
4. Schuldform.	234
a) Vorsatzdelikt	234
b) Fahrlässigkeitsdelikt	235
5. Fehlen von Entschuldigungsgründen	235
§ 18 Entschuldigungsgründe	236
I. Grundlagen	236
II. Entschuldigender Notstand, § 35 StGB	237
1. Vorliegen einer Notstandslage	237
a) Gefahr für ein bestimmtes Rechtsgut.	237
b) Gefahr für eine bestimmte Person.	238
c) Gegenwärtigkeit der Gefahr	238
2. Rechtmäßigkeit der Notstandshandlung	239
a) Geeignetheit	239
b) Erforderlichkeit: Die Gefahr darf nicht anders abwendbar sein.	239
c) Verhältnismäßigkeit	239
d) Besondere Hinnahmepflichten, § 35 Abs. 1 Satz 2 StGB . .	240
aa) Selbstverursachung der Gefahr.	240
bb) Bestehen eines besonderen Rechtsverhältnisses	241
cc) Gesetzliche Duldungspflichten.	242
3. Handeln aufgrund eines besonderen Motivationsdruckes (sub- jektives Element).	243
4. Sonderfall: Nötigungsnotstand	243
III. Notwehrexzess, § 33 StGB.	244
1. Intensiver und extensiver Exzess	244
2. Anwendbarkeit des § 33 StGB beim extensiven Notwehrex- zess (Problemschwerpunkt 10)	245
3. Vorliegen eines asthenischen Affektes: Verwirrung, Furcht oder Schrecken	247
4. Kein Erfordernis eines zusätzlichen subjektiven Merkmals . . .	247
5. Einschränkungen	248
6. Putativnotwehrexzess.	249
IV. Handeln aufgrund eines für verbindlich gehaltenen dienstli- chen Befehls.	249
V. Übergesetzliche Entschuldigungsgründe.	250

§ 19 Actio libera in causa	251
I. Einführung in die Problematik	252
II. Geltungsumfang und Begründung der actio libera in causa (Problemschwerpunkt 11)	254
III. Formen der actio libera in causa	258
1. Der Täter berauscht sich vorsätzlich und handelt mit Vorsatz bzgl. der späteren Tat	259
2. Der Täter berauscht sich fahrlässig und hat Vorsatz bzgl. der späteren Tat	260
3. Der Täter berauscht sich vorsätzlich und handelt bzgl. der späteren Tat fahrlässig	260
4. Der Täter berauscht sich fahrlässig und handelt auch bzgl. der späteren Tat fahrlässig	261
 Teil V: Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen	262
 § 20 Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen	262
I. Grundlagen	262
II. Persönliche Strafausschließungs- und Strafaufhebungsgründe	262
1. Persönliche Strafausschließungsgründe	262
2. Persönliche Strafaufhebungsgründe	264
III. Strafverfolgungsvoraussetzungen und Strafverfolgungshindernisse	264
1. Strafverfolgungsvoraussetzungen	264
2. Strafverfolgungshindernisse	265
3. Absehen von Strafe	265
 Teil VI: Das Versuchsdelikt	266
 § 21 Das Versuchsdelikt – Übersicht und Deliktsaufbau	266
I. Grundsätzlicher Überblick zum Einstieg	266
1. Strafgrund des Versuchs	266
a) Subjektive Versuchstheorie	267
b) Objektive Versuchstheorie	267
c) Gemischt subjektiv-objektive Versuchstheorie	267
2. Strafbarkeit des Versuchs	268
3. Rechtsfolgen	271
4. Grundlagen des Versuchsaufbaus	271
II. Der Aufbau des Versuchsdelikts im Einzelnen	272
1. Vorprüfung	273
a) Nichtvollendung der Tat	273
b) Strafbarkeit des Versuchs	274
2. Tatentschluss	274
a) Vorstellungsbild des Täters	275
b) Subsumtion	276
c) Besondere subjektive Merkmale	276
3. Besonderheiten im Rahmen des Tatentschlusses	277

4. Häufige Fehler bei der Prüfung des Tatentschlusses	278
5. Unmittelbares Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung	279
§ 22 Formen des Versuchs	279
I. Deruntaugliche Versuch.	279
1. Definition.	279
a) Untauglichkeit des Tatobjekts	280
b) Untauglichkeit des Tatmittels	280
c) Untauglichkeit des Tatsubjekts	280
2. Rechtsfolge.	281
II. Der grob unverständige Versuch, § 23 Abs. 3 StGB	282
1. Definition.	282
2. Rechtsfolge.	283
III. Der abergläubische Versuch	283
1. Definition.	283
2. Rechtsfolge.	284
IV. Das Wahndelikt	284
1. Definition.	284
2. Rechtsfolge.	285
V. Der erfolgsqualifizierte Versuch.	286
1. Grundlagen	286
2. Versuch einer Erfolgsqualifikation	287
a) Das Grunddelikt wird verwirklicht, die schwere Folge nicht	287
b) Weder das Grunddelikt noch die schwere Folge werden verwirklicht.	288
c) Rechtliche Behandlung.	288
3. Erfolgsqualifizierter Versuch.	288
a) Definition	288
b) Rechtliche Behandlung des erfolgsqualifizierten Versuchs (Problemschwerpunkt 12).	289
§ 23 Unmittelbares Ansetzen	292
I. Zeitliche Stufen der Deliktsbegehung	293
1. (Innerer) Tatentschluss.	293
2. Vorbereitungshandlungen	293
3. Unmittelbares Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung	294
4. Vollendung.	295
a) Vollendung	295
b) Exkurs: Tätige Reue	296
c) Exkurs: Unternehmensdelikte	297
5. Beendigung	297
6. Abschließender Hinweis	300
II. Unmittelbares Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung	300
1. Unmittelbares Ansetzen des Alleintäters	301
a) Subjektives Element	301

b) Objektives Element	302
c) Einzelfälle	304
aa) Mehrere Delikte	304
bb) Zusammengesetzte Delikte	304
cc) Ansetzen zu einer Qualifikation	304
dd) Versuch eines besonders schweren Falles	305
ee) Unbeendeter Versuch – Beendeter Versuch	307
2. Unmittelbares Ansetzen bei Mittäterschaft (Problemschwerpunkt 13)	309
3. Unmittelbares Ansetzen beim vermeintlichen Mittäter (Problemschwerpunkt 14)	311
4. Unmittelbares Ansetzen bei mittelbarer Täterschaft (Problemschwerpunkt 15)	312
5. Unmittelbares Ansetzen beim Unterlassungsdelikt (Problemschwerpunkt 16)	315
§ 24 Rücktritt vom Versuch	317
I. Grundlagen und rechtsdogmatische Einordnung	318
1. Kriminalpolitische Theorie	319
2. Verdienstlichkeitstheorie (oder auch Prämientheorie oder Gnadentheorie)	319
3. Strafwerttheorie	320
II. Verschiedene Versuchsformen und ihre Relevanz für einen Rücktritt	321
1. Misslungener Rücktritt	321
2. Fehlgeschlagener Versuch	322
3. Unbeendeter Versuch	326
4. Beendeter Versuch	326
III. Die verschiedenen Rücktrittsvarianten des § 24 StGB	328
1. Rücktritt des Alleintäters, § 24 Abs. 1 StGB	329
a) Rücktritt vom unbeendeten Versuch, § 24 Abs. 1 Satz 1, 1. Alt. StGB	329
b) Rücktritt vom beendeten Versuch, § 24 Abs. 1 Satz 1, 2. Alt. StGB	330
c) Rücktritt vom (unerkannt) untauglichen oder fehlgeschlagenen Versuch, § 24 Abs. 1 Satz 2 StGB	331
2. Rücktritt bei mehreren Beteiligten, § 24 Abs. 2 StGB	333
a) Verhinderung der Tatvollendung, § 24 Abs. 2 Satz 1 StGB	334
b) Verhinderungsbemühungen bei Nichtvollendung, § 24 Abs. 2 Satz 2, 1. Alt. StGB	335
c) Beseitigung des eigenen Tatbeitrages, § 24 Abs. 2 Satz 2, 2. Alt. StGB	335
3. Gemeinsame Voraussetzung aller Rücktrittsvarianten: Freiwilligkeit	337
IV. Rücktritt vom Versuch des Unterlassungsdelikts	339

V.	Spezielle Abgrenzungsprobleme (für Fortgeschrittene)	341
1.	Rücktritt nach fehlgeschlagenem Einzelakt, wenn die Tatvollendung weiterhin möglich bleibt (Problemschwerpunkt 17) .	341
2.	Möglichkeit der Korrektur des Rücktrittshorizonts, wenn der Täter nach Ausführung seiner letzten Handlung erkennt, dass seine ursprüngliche Einschätzung unzutreffend war (Ergänzung des Problemschwerpunktes 17)	345
3.	Möglichkeit des Rücktritts, wenn der Täter lediglich mit bedingtem Vorsatz handelte und in erster Linie einen anderen Zweck verfolgte, den er auch erreicht hat (Problemschwerpunkt 18)	348
4.	Möglichkeit des Rücktritts bei nur vorläufiger Abstandnahme von der Tat (Problemschwerpunkt 19)	350
5.	Möglichkeit des Rücktritts vom erfolgsqualifizierten Versuch nach Eintritt der schweren Folge (Problemschwerpunkt 20) . .	352
6.	Konkrete Anforderungen an die Verhinderung der Vollen- dung beim Rücktritt (Problemschwerpunkt 21)	354
Teil VII: Das Unterlassungsdelikt		357
§ 25	Das Unterlassungsdelikt – Übersicht	357
I.	Grundlagen	357
1.	Struktur des Unterlassungsdelikts	357
2.	Strafbarkeit des Unterlassens	358
3.	Echte und unechte Unterlassungsdelikte	359
II.	Abgrenzung von aktivem Tun und Unterlassen	361
1.	Grundsatz	361
2.	Mehrdeutige Verhaltensweisen	361
a)	Zeitliches Zusammenfallen von Tun und Unterlassen . . .	363
b)	Zeitliches Auseinanderfallen von Tun und Unterlassen . .	363
c)	Sonderproblem: Arztstrafrecht/Sterbehilfe	364
d)	Sonderproblem: Abbruch von Rettungsbemühungen . . .	366
III.	Weitere Sonderprobleme (für Fortgeschrittene)	368
1.	Omissio libera in causa	368
2.	Strafbarkeit des untauglichen Versuchs eines unechten Unterlassungsdelikts	369
3.	Fakultative Strafmilderung nach § 13 Abs. 2 StGB bei echten Unterlassungsdelikten	369
4.	Erfolgsqualifiziertes Delikt durch Unterlassen	370
IV.	Möglichkeit der Beteiligung eines Nichtgaranten an einem fremden Unterlassungsdelikt (Problemschwerpunkt 22)	371
§ 26	Aufbau des Unterlassungsdelikts	373
I.	Prüfungsaufbau des (unechten) Unterlassungsdelikts im Überblick	373
II.	Prüfungsaufbau im Einzelnen	374
1.	Objektiver Tatbestand	374

a) Handlung	374
b) Tatbestandsmäßigkeit des Verhaltens	375
aa) Erfolgseintritt (bei Erfolgsdelikten).	375
bb) Kausalität (bei Erfolgsdelikten).	375
cc) Objektive Zurechnung (bei Erfolgsdelikten)	377
c) Garantenpflicht	379
d) Nichtvornahme der gebotenen Handlung	379
e) Möglichkeit der Vornahme der gebotenen Handlung	380
f) Erforderlichkeit der Handlung	381
g) Zumutbarkeit	382
h) Entsprechungsklausel, § 13 StGB.	383
2. Subjektiver Tatbestand.	384
a) Vorsatz bzgl. sämtlicher objektiver Tatbestandsmerkmale .	384
b) Tatbestandsspezifische subjektive Merkmale.	386
3. Rechtswidrigkeit	386
4. Schuld	386
§ 27 Garantenpflichten	386
I. Grundlagen – Unterscheidung von Garantenstellung und Garantenpflicht.	387
1. Garantenstellung.	388
2. Garantenpflicht.	388
II. Einteilung der Garantenpflichten	388
1. Schutzpflichten.	389
2. Überwachungspflichten.	389
III. Die einzelnen Schutzpflichten (Obhuts- oder Beschützergaranten).	390
1. Natürliche (familiäre) Verbundenheit	390
2. Enge Gemeinschaftsbeziehung	392
a) Lebensgemeinschaften	393
b) Gefahrgemeinschaften	393
3. Freiwillige (tatsächliche) Übernahme von Schutz- oder Beistandspflichten	394
a) Vertrag	395
b) Vertragsähnliches Verhältnis	396
c) Faktische Übernahme.	397
4. Stellung als Amtsträger oder als Organ einer juristischen Person.	398
a) Amtsträger.	398
b) Organe juristischer Personen.	400
IV. Die einzelnen Überwachungspflichten (Sicherungs- oder Überwachungsgaranten).	400
1. Vorangegangenes pflichtwidriges Verhalten (Ingerenz).	400
a) Einführung	400
b) Ingerenz bei lediglich allgemein gefahrschaffendem bzw. gerechtfertigtem Vorverhalten ohne Pflichtwidrigkeit (Problemschwerpunkt 23).	404

2. Pflicht zur Überwachung von Gefahrenquellen	407
3. Inverkehrbringen gefährlicher Produkte	411
4. Beaufsichtigungspflichten	412
V. Garantenstellung als besonderes persönliches Merkmal.	414
Teil VIII: Das Fahrlässigkeitsdelikt	415
§ 28 Das Fahrlässigkeitsdelikt – Übersicht und Deliktsaufbau	415
I. Grundlagen	415
II. Bedeutung und historische Entwicklung	416
1. Bedeutung der Fahrlässigkeitsdelikte.	417
2. Elemente des Fahrlässigkeitsdelikts in ihrer historischen Entwicklung (für Fortgeschrittene)	417
a) Klassische kausale Lehre (Lehre vom Erfolgsunwert).	417
b) Neo-klassische Lehre	418
c) Moderne Lehren	419
III. Grundsätzliches zu den Fahrlässigkeitsdelikten	420
1. Strafbarkeit des Fahrlässigkeitsdelikts	420
2. Definition der Fahrlässigkeit	420
3. Fahrlässiges Unterlassen	421
4. Kein fahrlässiger Versuch	421
5. Keine Teilnahme an einem Fahrlässigkeitsdelikt	422
6. Keine fahrlässige Teilnahme	423
7. Sonderproblem: fahrlässige Mittäterschaft	423
8. Formen der Fahrlässigkeit	425
9. Unterscheidung von einfacher Fahrlässigkeit und Leichtfertigkeit	426
IV. Aufbau des Fahrlässigkeitsdelikts	426
1. Tatbestand	427
a) Handlung	427
b) Erfolg	427
c) Kausalität	427
d) Sorgfaltspflichtverletzung	427
e) Objektive Zurechnung	427
aa) Pflichtwidrigkeitszusammenhang	428
bb) Objektive Vorhersehbarkeit	428
cc) Objektive Vermeidbarkeit.	429
dd) Sonstige Merkmale der objektiven Zurechnung.	430
f) Subjektiver Tatbestand	430
2. Rechtswidrigkeit	430
3. Schuld	432
V. Objektive Sorgfaltspflichtverletzung.	434
1. Bestimmung der Sorgfaltspflicht	434
2. Begrenzung der Sorgfaltspflichten	435
3. Feststellung des Sorgfaltspflichtverstoßes.	437
4. Exkurs: Sonderwissen; besondere Fähigkeiten	437

5. Sonderproblem: gerechtfertigtes Verhalten	438
VI. Problemschwerpunkte im Rahmen der objektiven Zurechnung. .	439
1. Rechtmäßiges Alternativverhalten bei Fahrlässigkeitsdelikten (Pflichtwidrigkeitszusammenhang) (Problemschwerpunkt 24)	439
2. Schutzzweck der Norm	442
3. Freiverantwortliche Selbstschädigung oder Selbstgefährdung des Opfers	443
4. Dazwischentreten eines vorsätzlich und schuldhaft handelnden Dritten (Problemschwerpunkt 25)	448
5. Fahrlässiges Verhalten anderer Personen	450
VII. Problematik der Übernahmefahrlässigkeit	451
VIII. Sonderformen: Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen	452
 Teil IX: Der Irrtum	 454
 § 29 Die Irrtumslehre – Übersicht	 454
I. Grundlagen	454
II. Irrtümer auf den verschiedenen Ebenen des Deliktsaufbaus	454
III. Irrtum über tatsächliche Umstände oder über die rechtliche Be- wertung.	455
1. Irrtum über tatsächliche Umstände.	455
2. Irrtum über die rechtliche Bewertung.	456
3. Bedeutung dieser Unterscheidung	458
IV. Irrtum zu Lasten und zugunsten des Täters	459
 § 30 Irrtümer auf Tatbestandsebene	 460
I. Grundlagen	461
II. Tatbestandsirrtum (§ 16 StGB).	461
1. Grundform	461
2. Sonderformen.	463
a) Subsumtionsirrtum	463
b) Irrtum über normative Tatbestandsmerkmale (für Fortge- schrittene)	464
c) Irrtum über den Kausalverlauf	467
aa) Einführung.	467
bb) Tötung bei mehraktigem Geschehen, wenn der Täter irrtümlich glaubt, den Erfolg bereits durch den ersten Akt erreicht zu haben, während er ihn tatsächlich erst durch den zweiten Akt erreicht (Problemschwerpunkt 26)	470
d) Irrtum über das Handlungsobjekt (error in persona vel obiecto)	472
e) Fehlgehen der Tat (aberratio ictus) (Problemschwerpunkt 27)	475
f) Grenzfälle	477
g) Irrtum über besonders schwere oder minder schwere Fälle	479

h) Irrtum über Tatbestandsalternativen	479
III. Verbotsirrtum (§ 17 StGB).	480
§ 31 Irrtümer auf Rechtswidrigkeitsebene	482
I. Grundlagen	483
II. Erlaubnistatbestandsirrtum	484
1. Definition des Erlaubnistatbestandsirrtums	484
2. Rechtliche Einordnung des Erlaubnistatbestandsirrtums	485
a) Vorsatz- und Schuldtheorie	485
b) Rechtliche Behandlung des Erlaubnistatbestandsirrtums (Problemschwerpunkt 28).	485
c) Liegt eine für die Anstiftung oder Beihilfe erforderliche „vorsätzlich“ begangene Haupttat vor, wenn sich der Täter in einem Erlaubnistatbestandsirrtum befindet? (Prob- lemschwerpunkt 29).	492
III. Erlaubnisirrtum	494
1. Definition des Erlaubnisirrtums	494
2. Rechtliche Behandlung des Erlaubnisirrtums	495
§ 32 Sonstige Irrtümer	495
I. Rechtliche Behandlung des Doppelirrtums	495
1. Kombination von Tatbestands- und Verbotsirrtum auf Tatbe- standsebene	496
2. Kombination von Erlaubnistatbestandsirrtum und Erlaubnis- irrtum auf Rechtswidrigkeitsebene	496
II. Irrtümer auf Schuldebene	498
1. Entschuldigungstatbestandsirrtum	499
2. Entschuldigungsirrtum	499
III. Irrtümer auf der „Vierten Ebene der Strafbarkeit“.	500
1. Irrtum über tatsächliche Voraussetzungen eines persönlichen Strafausschließungsgrundes (Problemschwerpunkt 30).	500
2. Überdehnung eines persönlichen Strafausschließungsgrundes.	502
IV. Irrtum über die Garantenstellung beim unechten Unterlassungs- delikt.	503
1. Irrtum über die tatsächlichen Voraussetzungen einer Garan- tenstellung	503
2. Irrtum über die Existenz oder die rechtlichen Grenzen einer Garantenstellung.	503
V. Zusammenfassung und Überblick über die verschiedenen Irrtumsarten.	504
VI. Schaubild	507

Teil X: Täterschaft und Teilnahme	509
§ 33 Die Beteiligungslehre – Überblick; Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme	509
I. Grundlagen	509
1. Dualistisches Beteiligungssystem oder Einheitstäterschaft. . . .	509
2. Extensiver oder restriktiver Täterbegriff.	511
3. Überblick über die verschiedenen Beteiligungsformen.	512
a) Gesetzlich geregelte Täterschaftsformen.	512
b) Nebentäterschaft	512
c) Teilnahmeformen.	514
d) Schaubild	514
II. Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme – Grundsätze	514
1. Grundlagen	514
2. Sonderdelikte	515
3. Eigenhändige Delikte	516
4. Absichtsdelikte etc.	516
5. Allgemeindelikte.	516
6. Aufbauhinweis für die Fallbearbeitung.	516
III. Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme – Theorien (Problemschwerpunkt 31)	517
IV. Täterschaft und Teilnahme beim Unterlassungsdelikt	521
1. Überblick	521
2. Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme beim Unterlassungsdelikt (Nichtverhinderung der Begehungstat eines Dritten seitens des Garanten) (Problemschwerpunkt 32)	523
§ 34 Mittäterschaft	526
I. Grundlagen	526
II. Voraussetzungen der Mittäterschaft	528
1. Gemeinsamer Tatplan	528
2. Objektiver Tatbeitrag.	529
a) Einführung	529
b) Umfang des objektiven Tatbeitrages bei der Mittäterschaft (Problemschwerpunkt 33).	530
III. Sonderprobleme.	532
1. Prüfungsstandort.	532
2. Mittäterexzess	533
3. Aufkündigung des gemeinsamen Tatplans.	534
4. Zurechnungsprobleme bei der sukzessiven Mittäterschaft. . . .	535
5. Mittäterschaftliche Zurechnung, wenn ein Mittäter selbst Tatopfer wird.	538
6. Fahrlässige Mittäterschaft.	538
7. Mittäterschaft bei erfolgsqualifizierten Delikten	539
8. Unmittelbares Ansetzen beim Mittäter	539

§ 35 Mittelbare Täterschaft	539
I. Grundlagen	539
II. Formen der mittelbaren Täterschaft	541
1. Der Tatmittler handelt nicht objektiv tatbestandsmäßig	541
2. Der Tatmittler handelt nicht vorsätzlich	542
3. Dem Tatmittler fehlen sonstige zusätzliche, für die Tatbestandsverwirklichung notwendige subjektive Merkmale	543
4. Der Tatmittler handelt nicht rechtswidrig	543
5. Der Tatmittler handelt nicht schuldhaft	544
6. Abgrenzungsfragen	545
III. Fallgruppen des „Täters hinter dem Täter“	545
1. Organisierte Machtapparate	546
2. Der Täter hinter dem Täter bei vermeidbarem Verbotsirrtum des Tatmittlers (Problemschwerpunkt 34)	549
3. Nötigung des Tatmittlers	551
IV. Sonderproblem: Abgrenzung von strafloser Anstiftung zur Selbsttötung und Totschlag in mittelbarer Täterschaft	552
V. Irrtumsfragen	554
VI. Unmittelbares Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung beim mittelbaren Täter	556
 § 36 Teilnahme – Überblick	 556
I. Einführung und Strafgrund der Teilnahme	556
1. Extensiver Täterbegriff	556
2. Restriktiver Täterbegriff	557
3. Strafgrund der Teilnahme (Problemschwerpunkt 35)	557
II. Grundsatz der limitierten Akzessorietät	561
 § 37 Anstiftung	 563
I. Grundlagen	564
II. Der objektive Tatbestand der Anstiftung	565
1. Vorliegen einer vorsätzlichen rechtswidrigen Haupttat	565
2. Bestimmen des Haupttäters zu dessen Tat	566
a) Anstiftung ohne kommunikative Beeinflussung (Problemschwerpunkt 36)	567
b) Anstiftung durch Unterlassen	570
c) Anstiftung eines bereits zur Tat Entschlossenen – omni-modo facturus	570
d) Anstiftung zu einer anderen Tat („Umstiftung“)	571
e) Anstiftung zu einer leichteren Tat („Abstiftung“)	572
f) Anstiftung eines zur Tat Entschlossenen zu einer Qualifikation („Aufstiftung“) (Problemschwerpunkt 37)	572
g) Anstiftung zum Weiterhandeln	575
III. Der subjektive Tatbestand der Anstiftung	575
1. Vorsatz hinsichtlich der Bestimmtheit der Tat	576
2. Exzess des Haupttäters	576

3. Auswirkung eines error in persona des Haupttäters auf den Anstifter (Problemschwerpunkt 38)	577
IV. Anstiftervorsatz beim agent provocateur (Problemschwerpunkt 39).	581
§ 38 Beihilfe	584
I. Grundlagen	584
II. Der objektive Tatbestand der Beihilfe.	586
1. Vorliegen einer vorsätzlichen rechtswidrigen Haupttat.	586
2. Objektive Hilfeleistung zu dieser Tat	586
a) Tathandlung	586
b) Kausalität der Beihilfe für die Haupttat (Problemschwerpunkt 40)	590
c) Beihilfe durch neutrale Handlungen (Problemschwerpunkt 41)	593
III. Subjektiver Tatbestand	596
1. Vorsatz bzgl. des Vorliegens der vorsätzlichen rechtswidrigen Haupttat.	596
2. Vorsatz bzgl. des Hilfeleistens zu dieser Tat	597
IV. Rechtswidrigkeit und Schuld	597
V. Sonstiges	597
§ 39 Sonstige Teilnahmeprobleme	597
I. Kettenteilnahme.	598
1. Anstiftung zur Anstiftung	598
2. Anstiftung zur Beihilfe	599
3. Beihilfe zur Anstiftung	599
4. Beihilfe zur Beihilfe.	599
II. Konkurrenzen	600
III. Lockerungen der Akzessorietät, §§ 28, 29 StGB.	600
1. Allgemeines	600
2. Besondere persönliche Merkmale	601
3. Die Rechtsfolgen des § 28 StGB	603
a) § 28 Abs. 1 StGB	603
b) § 28 Abs. 2 StGB	604
c) § 28 StGB und die Tötungsdelikte	604
IV. Die versuchte Teilnahme.	606
1. Grundsatz.	606
2. Einzelfälle.	607
a) Versuchte Anstiftung	607
b) Versuchte Beihilfe.	609
3. Verbrechensverabredung, § 30 Abs. 2 StGB	609
a) Sich-Bereit-Erklären, ein Verbrechen zu begehen, § 30 Abs. 2, 1. Alt. StGB	609
b) Annahme des Erbietens eines anderen, § 30 Abs. 2, 2. Alt. StGB	610
c) Verbrechensverabredung, § 30 Abs. 2, 3. Alt. StGB	610

Inhaltsverzeichnis

4. Rücktritt vom Versuch der Beteiligung, § 31 StGB.	612
V. Die notwendige Teilnahme	613
1. Begegnungsdelikte.	613
2. Sonstige Fälle	614
Teil XI: Konkurrenzen und Wahlfeststellung	615
§ 40 Konkurrenzen	615
I. Grundlagen	615
II. Die einzelnen Konkurrenzen im Überblick	617
1. Unechte Konkurrenz: Ein Tatbestand wird ein Mal verwirklicht.	617
2. Scheinbare Konkurrenz: Zwei Tatbestände werden verwirklicht, einer tritt vollständig hinter den anderen zurück	618
3. Echte Konkurrenz: Zwei Tatbestände werden verwirklicht, beide tauchen im Schuldspruch auf	619
a) Tateinheit oder Idealkonkurrenz, § 52 StGB.	619
b) Tatmehrheit oder Realkonkurrenz, § 53 StGB.	620
III. Prüfungsschema.	622
1. Unterscheidung: eine Handlung oder mehrere Handlungen.	623
a) Natürliche Handlung.	624
b) Natürliche Handlungseinheit	625
c) Tatbestandliche Handlungseinheit.	628
d) Fortsetzungszusammenhang	630
e) Klammerwirkung.	632
aa) Zusammentreffen eines Dauerdelikts mit einem Zustandsdelikt	632
bb) Verklammerung mehrerer Einzeldelikte durch ein Dauerdelikt.	633
2. Selbstständigkeit der Delikte oder Zurücktretens eines Delikts	634
a) Spezialität	635
b) Subsidiarität.	636
aa) Formelle Subsidiarität	636
bb) Systematische Subsidiarität	637
c) Konsumtion.	638
d) Mitbestrafte Vortat	639
e) Mitbestrafte Nachtat.	640
§ 41 Wahlfeststellung und „in dubio pro reo“	641
I. Grundlagen	641
II. Grundsatz „in dubio pro reo“	643
III. Post- und Präpendenzfeststellung.	644
1. Postpendenzfeststellung	644
2. Präpendenzfeststellung	645
IV. Normatives Stufenverhältnis	645
1. Logisches Stufenverhältnis	645

2. Normatives Stufenverhältnis im engeren Sinne	646
V. Echte Wahlfeststellung	647
1. Nichterforschbarkeit des Sachverhalts	648
2. Ausschließliches Vorliegen strafbarer Tatbestandsalternativen	648
3. Gleiche Schwere der Straftaten	649
4. Vergleichbarkeit der Straftaten	649
VI. Unechte Wahlfeststellung	651
Anhang I: Aufbau- und Prüfungsschemata	653
A. Aufbauschemata	653
I. Vollendetes vorsätzliches Begehungsdelikt	653
II. Versuchtes vorsätzliches Begehungsdelikt (vgl. Rn. 651).	654
III. Vollendetes vorsätzliches (unechtes) Unterlassungsdelikt (vgl. Rn. 881)	654
IV. Versuchtes vorsätzliches Unterlassungsdelikt	655
V. (Vollendetes) fahrlässiges Begehungsdelikt (vgl. Rn. 1026)	655
VI. (Vollendetes) fahrlässiges Unterlassungsdelikt	655
B. Prüfungsschemata	656
I. Notwehr, § 32 StGB (vgl. Rn. 340).	656
II. Rechtfertigender Notstand, § 34 StGB (vgl. Rn. 404).	656
III. Einverständnis (im Rahmen des objektiven Tatbestandes; vgl. Rn. 444 ff.)	657
IV. Einwilligung (vgl. Rn. 453 ff.)	657
V. Mutmaßliche Einwilligung (vgl. Rn. 475 ff.)	657
VI. Defensivnotstand, § 228 BGB (vgl. Rn. 483 ff.)	657
VII. Aggressivnotstand, § 904 BGB (vgl. Rn. 490 ff.)	658
VIII. Selbsthilferecht, § 229 BGB (vgl. Rn. 495 f.)	658
IX. Festnahmerecht, § 127 Abs. 1 Satz 1 StPO (vgl. Rn. 500 ff.)	658
X. Entschuldigender Notstand, § 35 StGB (vgl. Rn. 564 ff.)	659
XI. Anstiftung (vgl. Rn. 1283).	659
XII. Beihilfe (vgl. Rn. 1317)	659
Anhang II: Problemschwerpunkte	660
1. Kaliditätstheorien (vgl. Rn. 221 ff.)	660
2. Abgrenzung von bedingtem Vorsatz und bewusster Fahrlässigkeit (vgl. Rn. 298 ff.)	660
3. Verbieta Art. 2 EMRK die Tötung von Menschen zum Schutz von Sachwerten? (vgl. Rn. 365 ff.)	660
4. Absichtsprovokation (vgl. Rn. 373 ff.)	661
5. Erforderlichkeit und Reichweite des subjektiven Rechtfertigungsmerkmals (vgl. Rn. 386 ff.)	661
6. Geltung der allgemeinen Rechtfertigungsgründe, insbesondere § 32 StGB, auch für sich im Dienst befindende Hoheitsträger (vgl. Rn. 395 ff.)	661